

//PRESSEINFORMATION//

44/2020

Saarbrücken, 16.12.2020

GEW: „Kita-Lockdown? Bildungsministerium verschiebt die Verantwortung in die Kitas

Bildungsgewerkschaft warnt: Infektionszahlen steigen auch in Kitas

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Saarland, mahnt die Landesregierung, sich an die Vereinbarung der Ministerpräsident*innen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 13.12.2020 zu halten und die Kitas wie die Schulen weitgehend zu schließen. „Wir können jetzt keine Abweichung von der Vereinbarung gebrauchen. Beschäftigte, Eltern und Kinder benötigen Regelungen, auf die sie sich verlassen können. Das ständige Hin und Her der vergangenen Monate darf so nicht weitergehen“, unterstrich Birgit Jenni, Landesvorsitzende. Deshalb ist es notwendig, den Lockdown in den Kitas wie vereinbart, umzusetzen.

Die GEW Saarland begrüßte den Lockdown grundsätzlich. Dieser ermögliche Kitabeschäftigten und deren Familien, das Ansteckungsrisiko zu verringern und sich mit Blick auf die Weihnachtstage zu schützen. Trotzdem sieht die Gewerkschaft GEW, dass eine Notbetreuung für Familien, die dringend darauf angewiesen sind, sichergestellt werden müsse. Deshalb sei insbesondere in den nächsten Tagen verstärkt Wert darauf zu legen, dass die Hygiene- und Arbeitsschutzvorschriften, wie die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) sie vorsieht, eingehalten werden. Dies sei besonders notwendig, da laut Deutschem Jugendinstitut (DJI) und Robert Koch-Institut (RKI) die Infektionszahlen auch in den Kitas gestiegen sind. „Teilweise hat sich der Wert bundesweit versechsfacht. Das bedeutet auch ein höheres Infektionsrisiko für das Kitapersonal, das meist ohne Masken und Mindestabstände arbeiten muss“, betonte Birgit Jenni.

Der KITA-Bereich wird von der Politik oft nur am Rande erwähnt,“ kritisiert Yvonne Diessner aus dem geschäftsführenden Vorstand der Bildungsgewerkschaft. Einen Beschluss, wie der Betrieb in Kitas während des Lockdowns organisiert werden kann, ähnlich wie es diesen für Schulen gibt, ist auch für die frühkindliche Bildung dringend notwendig.

„Wir brauchen eindeutige Regelungen, welche Kinder betreut werden sollen, damit Kitaleitungen, Erzieherinnen und Erzieher nicht in kräftezehrende Konflikte mit Eltern gehen müssen. Sie dürfen gerade jetzt nicht alleine gelassen und vor ein Entscheidungsdilemma gestellt werden, wenn es etwa um die Vergabe der Plätze in der Notbetreuung geht“, sagte Jenni. Klar sei, dass vor allem Kinder aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil in einem systemrelevanten Beruf arbeitet und eine andere Betreuung nicht möglich ist, Vorrang haben müssen. Zusätzlich könnten in begründeten Fällen, beispielsweise wenn dies wegen des Kindeswohls notwendig sei, weitere Kinder auf Empfehlung des Jugendamtes aufgenommen werden.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte und Lehrer*innen müssen selbstverständlich zu den systemrelevanten Berufen gezählt werden, damit die Notplätze auch für ihre eigenen Kinder zur Verfügung stehen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Personal zur Umsetzung der konkret benannten Notbetreuung vorhanden ist. Erst dann kann auch von einer Schließung der Kitas die Rede sein, wie es die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsident*innen der Länder vereinbart hat.

Zudem müsse Politik endlich Konzepte vorlegen, wie Familien, Kinder und Kitapersonal entlastet werden können, wenn der Lockdown über den 10. Januar notwendig werden sollte oder eine dritte Welle droht. Das ständige „Weiter so“ frustriere viele Erzieherinnen und Erzieher, aber auch die Eltern. Immer mehr Beschäftigte trügen sich mit Berufswechselgedanken. „Dazu darf es nicht kommen. Die Politik muss Kitaleitungen und Fachkräfte jetzt nachhaltig unterstützen“, hob Birgit Jenni hervor.

Bundesweiter Anstieg der Infektionszahlen in Kitas

